

pro familia, Kalckreuthstr. 4, 10777 Berlin

Bundespräsident
Joachim Gauck
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

Berlin, 16. Mai 2013

Offener Brief an den Bundespräsidenten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
in einer Debatte zum Thema gesellschaftliche Vielfalt im Rahmen des Deutschen Evangelischen Kirchentages am 02. Mai 2013 in Hamburg haben Sie sich kritisch zum Thema Schwangerschaftsabbruch geäußert.

In Ihren Ausführungen unterstellen Sie, dass manche Menschen sich die Frage, ob ein Kind geboren werden soll, „einen Tick zu leicht“ machen und zweifeln öffentlich an den Gründen der betroffenen Frauen und Paare.

pro familia Berlin als Familienplanungsorganisation weist diese Unterstellungen mit Empörung zurück und wünscht sich von Ihnen als Staatsoberhaupt einen differenzierteren Umgang mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch.

Schwangerschaftsabbruch ist in der Bundesrepublik unter bestimmten Bedingungen straffrei. In den öffentlichen Debatten ist das Thema dennoch noch immer tabuisiert und wird in unverantwortlicher Weise gegen das Recht auf Leben von Menschen mit Beeinträchtigung ausgespielt. Fakt ist, dass 96,9 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 2012 nach der Beratungsregelung durchgeführt wurden, nur 3,1 Prozent ging eine medizinische oder kriminologische Indikation voraus (Quelle: Statistisches Bundesamt). Pränataldiagnostische Untersuchungen werden in der Regel nach der 12. Schwangerschaftswoche durchgeführt und spielen somit keine Rolle für die Entscheidungsfindung bei einem Schwangerschaftsabbruch nach Beratungsregelung.

Sie als Bundespräsident haben die Aufgabe, unsere Gesellschaft in ihrer Vielfalt zu repräsentieren. Durch Ihre Bemerkungen auf dem diesjährigen Kirchentag tragen Sie jedoch zu einem Klima bei, dass Frauen und Paare bei ihrer selbstbestimmten Entscheidungsfindung nicht unterstützt, sondern weiter unter Druck setzt und – insbesondere - betroffene Frauen stigmatisiert.

Aus unserer Beratungserfahrung, aber auch aus unserer fachpolitischen Verantwortung heraus möchten wir betonen: Die Entscheidung eine Schwangerschaft zu beenden, ist eine sehr persönliche. Die Gründe zu diesem Entschluss sind vielfältig und individuell und in den seltensten Fällen von Leichtfertigkeit geprägt.

pro familia Berlin
Landesverband
Kalckreuthstr. 4
10777 Berlin

Tel.: 030 – 213 90 20
Fax.: 030 – 214 764 24
lv.berlin@profamilia.de
www.profamilia.de/berlin

Bankverbindung:
Postbank Berlin
Konto: 37800-104
BLZ 100 100 10

Im Kontext einer zuvor gestellten medizinischen Indikation folgt ein Abbruch zudem nicht dem Wunsch einer Frau oder eines Paares, sondern einer verantwortlichen ärztlichen Befundung. Gerade diese Schwangerschaften sind hochgradig Wunschwangerschaften und es ist unerträglich, diesen Betroffenen Leichtfertigkeit zu unterstellen und durch die Bezugnahme auf Menschen mit Behinderung auf moralisierende Weise zu polarisieren.

Generalisierende und undifferenzierte Aussagen zum Thema führen zu einer weiteren Stigmatisierung der Frauen und Paare, die vor dieser Entscheidung stehen und kann, wie in manchen Regionen der BRD bereits geschehen, zu einer erschwerten Versorgungs – und Unterstützungssituation führen.

In der im Jahr 2008 formulierten Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde „das Recht aller Menschen und insbesondere das Recht von Frauen, dass ihre körperliche Integrität respektiert wird und sie über den eigenen Körper selbst bestimmen können.“ eingefordert. Weiter heißt es: „In diesem Zusammenhang sollte die letzte Entscheidung für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch bei der betroffenen Frau liegen und sie sollte die Möglichkeit haben, dieses Recht tatsächlich umzusetzen.“

pro familia Berlin unterstützt diese Forderung und wünscht sich ein offenes und konstruktives Diskussionsklima in der öffentlichen und politischen Debatte, in der die komplexen Bedürfnislagen der betroffenen Paare und Frauen im Mittelpunkt stehen.

Mit freundlichen Grüßen
pro familia Landesverband Berlin

gez. Prof. Dr. Ulrike Busch (Vorsitzende)
gez. Anna Lena Schnaars (Vorstand)
gez. Anne Thiemann (Vorstand)